

Übersicht

1. Einleitung
2. Situation Haushalt
- 3 Wohnungsbau für Flüchtlinge
4. Schulen
5. Kennzahlen und Produktziele
6. Regionale, Schulgassenareal, Verlagerung Bauhof und Feuerwehr
7. Feuerwehr
8. Verschiedenes
9. Baugebiete und Gewerbeflächen
10. Votum

Stellungnahme der BfE-Fraktion zum Doppelhaushalt 2016/17

1. Einleitung

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

die Stellungnahme der BfE Fraktion zum Haushaltsplan fällt in diesem Jahr etwas knapper aus, da die investiven Schwerpunkte im Vorfeld ausgiebig erläutert wurden und für weitere Maßnahmen im Hinblick auf die Einhaltung des Haushaltssicherungskonzeptes kaum Spielraum vorhanden ist.

Herr Dr. Storch, Sie eröffneten ihre Stellungnahme zur Haushaltseinbringung mit der Aussage, dass Sie mit der Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes einen befürchteten Niedergang unserer Kommune aktiv und offensiv begegnen und die Mittelzentrumsfunktion Eitorfs weiter stärken wollen.

Der eingeschlagene Weg, mit den Maßnahmen der Regionale, des Integrierten Handlungskonzeptes sowie und der Umwidmung des Schulgassenareals, mit dem Ziel, unsere Gemeinde attraktiver, wohnlicher und wettbewerbsfähiger zu gestalten, wird von der BfE Fraktion einstimmig befürwortet.

Anderer Meinung sind wir bezüglich der geplanten Straßenüberführung Brückenstraße. Hier wurde in Scheuklappenmanier ein Verkehrsproblem angegangen, ohne die Auswirkungen oder mögliche andere städteplanerische Maßnahmen (z.B. eine Verkehrsberuhigung des Bereiches) sowie deren Wirkung auf

das Umfeld zu berücksichtigen. Der alternative Vorschlag der BfE wurde leider ohne nähere inhaltliche Prüfung abgelehnt. Zur wünschenswerten Gestaltung und Einbindung einer Überführung verweise ich auf die Ausführungen im Abschlussbericht des IHK zur Maßnahme.

Erfreulich ist die Ankündigung, dass im Jahr 2016 die Gebühren im Bereich der Gemeindewerke stabil bleiben. Wir hoffen, dass dieses auch 2017, trotz der angekündigten Belastungen, realisiert werden kann.

Weiterhin freuen wir uns über die Aussage des Bürgermeisters zum Beitrag des Jugendcafes zur Integration von jugendlichen Zuwanderern. Dieses Lob für Leitung und Mitarbeiter der Einrichtung bestätigt die gute Arbeit und den gesellschaftlichen Stellenwert der Institution. Die BfE wird sich weiterhin dafür einsetzen, der Jugendarbeit sowie dem Jugendparlament den finanziellen und gesellschaftlichen Rahmen zu ermöglichen.

Das beschlossene Haushaltssicherungskonzept zur Erlangung des Haushaltsausgleiches bis 2023 stellt in Verbindung mit den Auflagen der Kommunalaufsicht einen strengen Maßstab dar. Die BfE Fraktion hat schon der Erhöhung der Grundsteuern in dieser Form nicht zugestimmt und wird die jährlich vorgesehene Anhebung der Hebesätze auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen. Der Zugriff auf die Hebesätze stellt scheinbar für manche Politiker einen einfachen Weg dar, um Finanzprobleme lösen zu können. Irgendwann sind aber auch die Belastungsgrenzen der Eigentümer erreicht. Wir sind daher schon dankbar, dass unser Kämmerer der Äußerung eines Ratsmitgliedes zu einer weiteren Grundsteuererhöhung für 2016 zur Finanzierung der zusätzlichen Aufwendungen eine klare Absage erteilte.

2. Situation Haushalt:

Meine Damen und Herren, wer die jährlichen Vorberichte zu den Haushaltsentwürfen aufmerksam gelesen hat, kann die Kernsätze im Schlaf runterbeten:

- Bund und Land verstoßen im Rahmen der Finanzierung der Kommunen gegen das Konnexitätsprinzip, sprich der Zusammengehörigkeit von Aufgaben- und Finanzverantwortung. Daher befinden sich viele Kommunen in der

Vergeblichkeitsfalle.; es wird gespart und gespart und am Ende des Jahres wird das Defizit dennoch größer. -

Eine Rekordinanspruchnahme der allgemeinen Rücklage von über sieben Millionen Euro, eine Überziehung der Kassenkredite von 14,4 Millionen Euro. Nach Durchsicht des Zahlenwerkes könnte man sagen, dass die Gemeinde auch unter der Einbindung der jüngsten Änderung aus der heutigen Vorlage im Betrachtungszeitraum bis 2023 mit dem dort in Aussicht gestellten Überschuss von 80.000€ auf Kurs liegt. Das Liquiditätsdefizit von 15,6 Mio. € sowie die langfristigen Kreditschulden (ohne Werke) in fast gleicher Höhe bleiben dann allerdings noch übrig. Da die Finanzwirtschaft wohl auch künftig einen unberechenbaren Charakter aufweist, mit der Tendenz der Benachteiligung der Kommunen, besteht für die Gemeinde stets die Gefahr, neuen Belastungen ausgeliefert zu sein.

Der Hinweis auf die unsicheren Drittmittel für die Investitionsvorhaben hat sich leider bestätigt. Die Reduzierung der Förderzusagen von 90 % auf 45 % für das Schwimmbad sowie die Absage der Förderung zum Umbau von Bildungseinrichtungen mit Schwerpunkt „Integration von Flüchtlingen“ stellen zusätzliche Belastungen für den Haushalt dar. Wir wollen hoffen, dass zumindest die übrigen Drittmittel im Rahmen des IHK und den sonstigen Förderzuweisungen fließen. Vielleicht sollte man im Rahmen der Haushaltsplanungen ohne die volle Einbeziehung der Fördermittel rechnen, das würde den Erfordernissen der Haushaltsgrundsätze am ehesten entsprechen.

3 Wohnungsbau für Flüchtlinge

Die kurz- und mittelfristigen Bauplanungen der Gemeinde sind in ihrer Begründung, dass nicht nur Flüchtlinge untergebracht, sondern auch obdachlose und bedürftige Personen, nachvollziehbar und gerechtfertigt.

Wir halten allerdings eine konzentrierte Unterbringung, in welcher Bauform auch immer, von mehr als 50 Personen für bedenklich. Die BfE stimmt auch der Kreditfinanzierung der Baumaßnahmen zu. Vielleicht lassen die zurückgehenden Flüchtlingszahlen eine Unterbringung in kleineren Wohneinheiten zu.

An dieser Stelle möchte ich mich im Namen der BfE bei den Mitarbeitern der Verwaltung sowie den vielen ehrenamtlichen Helfern bedanken, die sich der hilfeschuchenden Menschen angenommen haben, um ihnen hier eine vernünftige Unterbringung und Versorgung zu ermöglichen. Die Aufgabe einer Verwaltung im

Organisationsgefüge von Bund und Land besteht neben der Erledigung des Alltagsgeschäftes scheinbar auch darin, bei zusätzlichen zugewiesenen Aufgaben einfach zu funktionieren. Koste es was es wolle. Sie haben die ihnen auferlegten Aufgaben bisher sehr gut gemeistert

4. Schulen

Meine Damen und Herren, die Fortschreibung des HSK führt im Rahmen der zukunftsorientierten Ziele auch den Erhalt der Vielfalt der Eitorfer Schullandschaft auf.

In den vergangenen Jahren waren wir uns alle einig, dass die Entwicklung der Schullandschaft ein wichtiges Kriterium für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in unserer Gemeinde darstellt. Mit den hier befindlichen Schulen haben wir alle Möglichkeiten, um auf die Bedürfnisse der Schüler einzugehen. Im Vorbericht zum Haushalt 2016 wird anhand der Offenen Ganztagschule erläutert, dass der Schülerschwund der Schule durch die Aufnahme von Flüchtlingskindern ausgeglichen wurde. Die Kinder besuchen vormittags die internationalen Vorbereitungsklassen und verbleiben nachmittags in der Betreuung, um ihre Integration zu fördern. Die vorgeschlagene Mitfinanzierung aus der Flüchtlingspauschale findet daher unsere Zustimmung. Weiterhin wird festgestellt, dass die Zahl aus einkommensschwachen Familien sowie derer mit erhöhtem Betreuungsaufwand zunimmt. Die Hintergründe hierzu kennen Sie alle. Diese Entwicklung wird zunehmen. Hier müssen zukünftig weitere integrative Maßnahmen greifen.

Die Schulentwicklungsplanung hat einen Rückgang der Schülerzahlen in nahezu allen Bereichen prognostiziert. Im Bereich der Grundschulen haben wir mit dem Schulverbund zwischen Alzenbach und Mühleip darauf reagiert. Die Verwaltung wurde weiterhin mit der Vorbereitung eines weiteren Schulverbundes zwischen den Grundschulen Harmonie und Eitorf beauftragt, um für den Fall der Unterschreitung der Mindestschülerzahl der Grundschule Harmonie, die sich konzeptionell von den übrigen Grundschulen unterscheidet, deren Fortbestand als Grundschule im Verbund zu sichern.

Mitte des Jahres werden die zuständigen Gremien über die mögliche Umsetzung des Schulverbundes beschließen. Ein Ausschuss- oder Ratsmitglied kann aber nur eine Entscheidung treffen, wenn ihm außer den nackten Zahlen und Prognosen auch die

Meinungen und vielleicht auch Ideen und Alternativen **aller** am Verfahren beteiligten Personen, Gruppen und Institutionen im Rahmen eines persönlichen Meinungsaustausches vorliegen.

5. Kennzahlen und Produktziele

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
wenn wir die zurückliegende Jahre betrachten, hat sich schwerpunktmäßig eigentlich alles um die Planungen und Finanzierung der Großprojekte, dem Ringen nach Fördermitteln, der Einhaltung der Konsolidierungsmaßnahmen sowie der Aufnahme der Hilfesuchenden gedreht.

Mit der Einführung des NKF haben wir in vielen Produktbereichen Kennzahlen und die zu erreichenden Ziele erarbeitet. Diese Maßnahmen, die der Durchführung eines Controllings dienen sollten, sind allerdings auf der Ebene der Verwaltung geblieben. Auf Nachfrage der BfE wurde ein Controlling mehr oder weniger bestätigt. Letztlich fehlt der Politik durch die fehlenden Vorlagen der Kennzahlen oder Produktziele der Nachweis, ob die Ziele erreicht wurden, Sach- und Investitionsmittel in den Verwaltungszweigen richtig eingesetzt oder diese mehr oder weniger unkontrolliert ausgegeben werden.

Die BfE Fraktion beantragt daher, alle bisher vorliegenden Kennzahlen und Produktziele, inklusive der bis dato im Rahmen des Controllings durchgeführten Veränderungen den zuständigen Ausschüssen vorzulegen.

Ziel ist es, eine Bestandsaufnahme und ein sinnvolles Controlling zu erreichen.

6 Fortführung der Schulsozialarbeit

Meine Damen und Herren, der Beschluss des Gemeinderates, die Landesförderung für die Fortführung der Schulsozialarbeit auch über das 2. Halbjahr 2017 hinaus zu beantragen, stellt einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Schulen, als auch eine deutliches Signal bezüglich der gesellschaftlichen Entwicklung in unserer Gemeinde dar. Die Finanzierung des Eigenanteils aus einer erweiterten Gewinnabführung der Gemeindewerke in Höhe von 58.428€, halten wir für gerechtfertigt. Die am 19.10.2015 mehrheitlich beschlossene Resolution zur 100% igen Finanzierung der Kosten durch das Land war m.E. ein notwendiges Signal der Kommunen an die Landesregierung, auf die Folgen und Probleme einer Deckelung

bzw. einer Einstellung der Arbeit hinzuweisen. Für die BfE Fraktion ist es erstmal zweitrangig, ob die Förderung Bundes- oder Landesache ist. Wir sehen die Förderung der Schulsozialarbeit nicht mehr als freiwillige Maßnahme der Kommunen, sondern im Hinblick auf die sich verändernden gesellschaftlichen Strukturen, als Pflichtmaßnahme an. Sollten hier alle Anstrengungen scheitern, muss sich die Gemeinde Eitorf für eine volle Finanzierung entschließen.

Die BfE beantragt eine frühzeitige Sachstandsinformation zu den Ergebnissen der Resolution sowie der beantragten Förderung über das 2. Halbjahr 2017 hinaus.

7 Produkt Brand - und Bevölkerungsschutz

Meine Damen und Herren, das Produkt Feuerwehr wurde in Brand- und Bevölkerungsschutz umbenannt. Das Hilfs- und Einsatzspektrum wird immer größer. Auf der Ertragsseite des Ergebnishaushalts werden 79.544 Euro angegeben, auf der Aufwandsseite 464.228 Euro. Wir werden heute die Satzung über die Erhebung von Kosten und Gebühren bei Einsätzen der Feuerwehr beschließen. Geplant ist eine Anpassung der Gebührensätze. Die BfE unterstützt diese Maßnahme zur Erhöhung des Ertragsanteils. Weiterhin ist im Haushalt ein Betrag von jährlich 1000€ für ein Controlling für ein externes Unternehmen zur Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes vorgesehen. Unserer Meinung nach gehört das Controlling zum Aufgabenbereich des Produktverantwortlichen der Feuerwehr.

Wir beantragen die Streichung des Ansatzes.

Der Neubau des Feuerwehrgerätehauses Süd in Mühleip im Rahmen der Verbesserung der Anfahrzeiten verzögert sich nach den Ausführungen zu den Investitionsmaßnahmen weiterhin. Warum allerdings die Kosten von 40.000€ für die Gestaltung der Aussenanlagen vergessen wurden, ist unverständlich.

8 Verschiedenes

Nachdem die Antragssteller einer Graffitiwand und alle politischen Gremien nun schon ca. 2 Jahre von der Verwaltung und den Verantwortlichen der Bezirksregierung an der Nase herumgeführt wurden, **möchte ich auf die Beschlusslage verweisen und auch für den Haushalt 2016 erneut 15.000 Euro für eine mögliche Umsetzung beantragen.** Zur Deckung möchte ich die eingesparten Mittel zur Beschaffung des Friedhofsbaggers (Ansatz 115.000 €)

heranziehen. Eine Überprüfung des Ansatzes hatten wir 2015 schon beantragt. Sollte das Vorhaben Graffitiwand nicht umgesetzt werden, sollen die Mittel zur Ersatz- bzw. Neuanschaffung von Spielgeräten unserer Spielplätze Verwendung finden.

Bestuhlung Siegparkhalle

Bezüglich der aufgeführten Kosten zur Bestuhlung der Siegparkhalle in Höhe von 62.500 Euro beantragt die BfE Fraktion diesen Betrag vorerst zu sperren und zur Prüfung der Notwendigkeit und Kostenhöhe dem zuständigen Ausschuss vorzulegen.

Übertragene Ermächtigungen

Meine Damen und Herren, die BfE Fraktion beantragt, die unter Punkt 2.7 der heutigen Tagesordnung aufgeführten Ermächtigungsübertragungen künftig in die Beschlusskompetenz des Rates zu übertragen und in der Haushaltssatzung auszuweisen.

Laut Vorlage reicht die Kenntnisnahme der zu übertragenden Ermächtigung durch den Gemeinderat aus. Auch wenn im vorliegenden Fall die übertragenen Ermächtigungen in Höhe von 3,6 Mio. € durch nicht genutzte Finanzmittel gedeckt werden, der Budgethoheit des Rates durch die Informationspflicht Rechnung getragen wird, ist ein Eingreifen in diese Übertragungen direkt nicht möglich. Die BfE Fraktion hält es insbesondere im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes daher für notwendig, dem Rat, insbesondere wegen der anstehenden großen Mittelverwendungen, das Genehmigungsrecht in der Haushaltssatzung zu übertragen.

Ich verweise hier insbesondere auf Begründung zur Genehmigung des Haushalts 2015, nachdem von Ermächtigungsübertragungen Abstand zu nehmen ist, es sei denn diese beruhen auf einer Rechtspflicht.

9 Baugebiet und Gewerbeflächen

Die Entwicklung und Umsetzung neuer Baugebiete sowie der weiteren notwendigen Ausweisung neuer Gewerbeflächen im Bereich Lindscheid verläuft in keinster Weise zufriedenstellend. Die Umsetzung des langjährig geplanten Baugebietes Blumenhof verzögert sich mal wieder und hängt nun an behördlichen Genehmigungsverfahren,

für deren Abarbeitung genug Zeit war. Gleiches gilt für die Entwicklung und Ausweisung des Gewerbegebietes Lindscheid. In den Erläuterungen zu den Investitionsmaßnahmen führen Sie aus, dass noch keine konkrete Maßnahme / Lösung absehbar sei und die Mittel zur Finanzplanung erst mit den Jahren 2021-23 mit je einer Mio. Euro ausgewiesen werden. Was machen wir, wenn die Ausweisung keine Genehmigung erhält? Wollen wir bis 2020 warten? Herr Bürgermeister, die Entwicklung der Baugebiete und Gewerbeflächen gehört aber mit zu den zwingend notwendigen Maßnahmen, um den von Ihnen aufgeführten Niedergang unserer Kommune aktiv und offensiv zu begegnen und die Mittelzentrumsfunktion Eitorfs weiter zu stärken. **Die BfE beantragt daher zeitnah einen aktuellen Sachstandsbericht zu beiden Punkten.**

10. Votum

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, obwohl die BfE Fraktion nicht allen Maßnahmen zustimmen kann, kommen wir unserer Gesamtverantwortung zur Mitarbeit und Umsetzung des Doppelhaushaltes 2016/17 nach und stimmen der vorgelegten Haushaltsplanung, dem Investitionsprogramm und dem Stellenplan zu.

Abschließend möchte ich mich im Namen der „Bürger für Eitorf“ bei allen Menschen bedanken, die durch ihren persönlichen Einsatz zum Allgemeinwohl in unserer Kommune und darüber hinaus beigetragen haben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.